

Brisant

Das Projekt einer Kurienreform, über das die für die Zeit vom 21. bis 23. November vom Papst nach Rom einberufene *Kardinalsversammlung* – wenn es nach römischen Plänen geht – abschließend beraten soll, scheint in einigen Punkten wesentlich brisanter zu sein, als erste Pressemeldungen darüber vermuten ließen. Die vor einigen Wochen in einem umfangreichen Papier den Kardinälen und den Vorsitzenden der Bischofskonferenzen übermittelten Vorschläge bzw. Bestimmungen sind im einzelnen nicht bekannt. Es lassen sich aber mindestens drei besonders delikate Punkte erkennen.

Nicht widersprochen wurde bisher der Meldung, der *Päpstliche Laienrat* werde zu einer Kongregation aufgewertet. Man weiß seit längerer Zeit, daß dem Papst selbst an einer solchen Aufwertung liegt. Es spricht auch einiges dafür, daß es einzelne katholische Organisationen gibt, die einen solchermaßen aufgewerteten Ansprechpartner in Rom wünschen. Sicher ist, daß innerhalb des Laienrates selbst – weniger an der Spitze als in den höheren und mittleren Verwaltungsstellen – diese nachdrücklich gewünscht wird.

Der Plan erscheint indessen mehr als problematisch. Schon gegen die Errichtung des Rates gab es gute Argumente. Prof. *Hans Maier*, der Präsident des ZdK, hat erst dieser Tage in einem Rückblick auf das Zweite Vatikanum vor der in der Errichtung eines römischen Laiendikasteriums zum Ausdruck kommenden „Vereinnahmung jeglicher Laienaktivität als geistliche Mitverantwortung“ gewarnt (vgl. KNA Sonderdienst Konzil, 10. 10. 85). Tatsächlich wird man sich für ein solches Dikasterium nur begeistern können, wenn man die Laienschaft als einen kirchlichen Sonderbereich und nicht als das vom Amt in Glaubensdingen geleitete Kirchenvolk versteht.

Um so weniger leuchtet die Erhebung des Laienrates zu einem Dikasterium mit Jurisdiktionsgewalt ein.

Der zweite delikate Punkt ist die *künftige Stellung des Staatssekretariates*. Wenn nicht alles täuscht, läuft die jetzt geplante Reform im Gegensatz zu der von Paul VI. durchgeführten (vgl. HK, Oktober 1967, 460 ff.) trotz formeller Aufwertung auf eine *Zurückstufung* des Staatssekretariats im Rahmen der Gesamtkurie und auf einen *Gewichtsverlust* des zentralen Kurienorgans hinaus. Dies zeigt sich in der vorgesehenen Umbenennung des bisherigen Rates für außerordentliche Angelegenheiten in „Kongregation für die Beziehungen zu den Regierungen“. Damit wird der Kongregationsrang dieses Kurienorgans wiederhergestellt und die Zurückstufung gegenüber dem Staatssekretariat bzw. dessen faktische Einbindung in dieses unter Paul VI. wieder aufgehoben. Auch die wieder größere Verselbständigung und der *faktische Kompetenzzuwachs anderer wichtiger Kongregationen* (Glaubenskongregation, Missionskongregation, Kleruskongregation, Ostkirchenkongregation) spricht für einen Gewichtsverlust des Staatssekretariates trotz wahrscheinlich fortbestehender Personalunion in der Leitung des Staatssekretariats und der künftigen Kongregation für die Regierungen. Diese Entwicklung dürfte von verschiedenen Seiten begrüßt werden.

Die Vormachtstellung des Staatssekretariates, wie sie Paul VI. verfügte, ist vielen unheimlich geworden. Man hat sich damit nie so recht abgefunden. Häufig ist der Vorwurf zu hören, seinen Referenten mangle es an der notwendigen Fachkompetenz z.B. in Lehr- oder ökumenischen Fragen. Für eine deutlichere Trennung zwischen geistlicher Domäne und den Beziehungen zu den Staaten spricht einiges, obwohl auch diese letztlich geistlich geprägt sein müssen. Auf eine wirksame Koordination der gesamten Kurienarbeit kann jedenfalls auch künftig nicht verzichtet werden. Vermutlich wäre also mit einer besseren Ausstattung des Staatssekretariates mit in einzelnen Sachbereichen kompetentem Personal mehr geholfen

als mit einer wieder stärkeren Verselbständigung der einzelnen Kongregationen.

Der delikateste Punkt betrifft aber die *Sekretariate (für die Förderung der Einheit, für die nichtchristlichen Religionen, für die Nichtglaubenden)*. Diese sollen in „Räte“ umgewandelt werden. Damit verlöre insbesondere das *Einheitssekretariat* die ihm bisher zugestandenen eigenständigen exekutiven Zuständigkeiten. Denn „Räte“ – das galt auch für die bisherigen – haben ihrem Status nach nur beratende und „fördernde“ Funktionen. Sie können z.B. keine verbindlichen Dokumente eigenständig veröffentlichen. Diese Umstufung der Sekretariate zu Räten ist um so brisanter, als damit eine Zuordnung zu bestimmten Kongregationen (Glaubenskongregation, Missionskongregation, „Orientalen“-Kongregation) verbunden ist. Dabei bleibt einstweilen unklar, ob diese Zuordnung in erster Linie personell (über die Präfekten der betreffenden Kongregationen) oder institutionell zu verstehen ist. Allein schon die Ausstattung der *Ostkirchenkongregation* mit ökumenischen Zuständigkeiten könnte den Dialog mit den verschiedenen orthodoxen Kirchen zum Platzen bringen. Und die reformatorischen Kirchen würden über die Zuteilung einer ökumenischen Überkompetenz an die Glaubenskongregation auf Kosten des bisherigen Einheitssekretariates – zumal auf dem gegebenen aktuellen Hintergrund – nicht minder verärgert. – Übrigens war entgegen manchen Pressemeldungen (vgl. Corriere della Sera, 21. 9. 85; FAZ, 28. 9. 85) nie vom „Verschwinden“ der Sekretariate oder von deren „Aufgehen in anderen Kongregationen“ die Rede, sondern von der Zu- bzw. faktischen Unterordnung unter andere Dikasterien. Exakt dieses scheint geplant zu sein.

Erste, teils heftige Reaktionen aus dem Weltepiskopat lassen vermuten, daß das letzte Wort zu diesem Projekt noch nicht gesprochen ist bzw. daß die vom Papst befragten Kardinäle ihm kaum unisono zustimmen. Es wäre auch ein Wunder, käme die Kurienreform, auch wenn sie der Papst nicht auf das Programm gesetzt hat, nicht auch auf

der außerordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode (vgl. ds. Heft S. 515 und S. 522) in irgendeiner Form zur Sprache. Es ist ohnehin seltsam, daß mit einer Sache, die doch mindestens in den Wirkungen die Gesamtkirche angeht, nicht die Bischofssynode als Vertretung des Gesamtepiskopats befaßt wird, sondern statt dessen ein weitgehend personengleiches Gremium unmittelbar vor deren Zusammentritt beraten muß. ^{se}

Deutlich?

Der Bischof von Fulda würde sich gewiß gerne – das hat er mit manchen ebenso prominenten wie umstrittenen Politikern gemeinsam – als Mitglied des Vereins der Freunde der deutlichen Aussprache bezeichnen lassen. Seit Erzbischof *Johannes Dyba* aus dem Dienst der päpstlichen Diplomatie ausgeschieden ist und Bischof im traditionsreichen Fulda wurde, lassen viele seiner Äußerungen vermuten, er sehe in seiner diplomatischen Vergangenheit einen auszulöschenden Makel. Nicht die Diskretion, die Nuance, das sorgfältige Abwägen, die (geistliche und weltliche) Klugheit sind seine Sache, sondern die Konfrontation, die drastische Sprache, der Schwarz-Weiß-Kontrast, das harte Urteilen. Das könnte erfrischend sein, wenn der *Stil* nicht ein ebenso grobgeschnittenes Bild von Glaube und Kirche widerspiegeln würde: In der Schlußpredigt bei der diesjährigen Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat es sich deutlich gezeigt.

„Und so stehen wir nun mitten in der geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit“, beschrieb Bischof Dyba die Lage des Episkopats und der Gläubigen. In dieser Auseinandersetzung bestehen nach seiner Meinung vor allem zwei Gefahren: das sich „das Volk zu wenig um seine Hirten sammelt und zu ihnen steht“ und daß die politische Theologie „Gemüter und Begriffe verwirrt, indem sie die Kirche als Institu-

tion der Gesellschaftskritik, die Basis als Offenbarungsquelle, die Neulektüre der Bibel, die Umschreibung der Theologie, marxistische Analyse und hermeneutische Experimente aller Art propagiert“.

Für die Gefährlichkeit der Zeiten, „in denen man die Autorität und Vollmacht der von Gott eingesetzten Hirten und Lehrer in Frage stellt“, beschwor Dyba das Schicksal der Rotte Korachs, die nach der Erzählung im Buche Numeri vom Erdboden verschluckt wurde. Ganz so drastisch, meine der Bischof, würden ja derartige Auseinandersetzungen heute nicht mehr beendet; aber es sei – so die überraschende Schlußfolgerung – „doch interessant, feststellen zu können, daß sich die als neueste Sichtweisen kritischer Systemforscher vorgebrachten Ideen immer wieder als Aufgüsse längst überwundener Irrlehren vergangener Jahrhunderte entpuppen“.

Beide Gefahren – die Infragestellung der Hirten durch das Volk und die politische Theologie – sah Dyba zwangsläufig eng verbunden. „Wie kommt es dann, daß heute vielfach Volk Gottes und Hierarchie gegeneinander ausgespielt werden, ja daß Hierarchie geradezu als Schimpfwort verwendet wird und ihre Mitglieder als Klassengegner angefeindet werden?“ So wenig zutreffend in dieser Frage die Situation jedenfalls in der Bundesrepublik beschrieben ist, so eindeutig wird die Ursache namhaft gemacht: Die politische Theologie, die in ihrem Kern – so hieß es in der Predigt in ungerechter Verzerrung, aber dafür wiederum überaus deutlich – „zutiefst unchristlich“ ist, „weil sie das eigentliche Wagnis scheut, auf die radikale Herausforderung dessen nicht eingeht, der da sagt: ‚Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, dann wird auch alles andere dazugegeben‘ (Matth 6, 33)“.

Dem Befund entsprechen Prognose und Therapie: Der „ganze politisch-theologische Spuk“ werde „demnächst vergessen sein“; und wir brauchen „ein Volk Gottes, das sich wieder um seine Hirten sammelt und zu ihnen steht“. Der politisch aufmerksame Zeitge-

nosse meint, einen angeschlagenen Politiker zu hören, der mit einer Donnerrede seine unzufriedenen Parteifreunde zur Geschlossenheit mahnen will, und nicht einen Bischof, der ja nicht nur „über“ und „vor“ dem Volk ist, sondern auch als Bruder mit und im Volk Gottes „unter dem einen Herrn“. Bei seiner geistlichen Philippika scheint der Fuldaer Bischof zu wenig daran gedacht zu haben, daß Zeichen von Autorität nicht ist, die Dinge – wie man so sagt – einmal richtig beim Namen zu nennen, sondern sie bei ihrem richtigen Namen zu nennen. ^{ko}

Unübersichtlich

Im Grunde besteht kein Anlaß zur Aufregung darüber, daß sich elf mit der bisherigen Arbeit der „Katholischen Jungen Gemeinde“ (KJG) – vor allem wegen ihrer politischen Ausrichtung – unzufriedene Pfarrgruppen im Bistum Speyer von ihrem Verband losgesagt und als „Junge Kirche Speyer“ selbständig gemacht haben. Wer innerhalb der Vielzahl von kirchlichen Jugendverbänden für eine stärkere Profilierung auch im Sinne gesellschaftlich-politischer Optionen votiert, darf sich nicht wundern, wenn sich dementsprechend verschiedene Richtungen und Wege ausdifferenzieren. Die seit einiger Zeit zu beobachtenden *Gegenründungen von Jugendgruppen und -verbänden* mit einer politisch eher betont konservativen und/oder spirituellen Ausrichtung sind nichts anderes als Reparaturmaßnahmen an einem Jugendverbandswesen, das heutigen Unterscheidungsbedürfnissen offensichtlich nur mehr ungenügend gerecht wird.

Sich in diesem Sinn darauf beschränken zu sagen: Warten wir es ab, wer sich auf die Dauer wird halten können, die Aussteiger von heute oder die Verbände von gestern, reicht jedoch nicht aus. Jugendverbände können heute ja keineswegs aus dem vollen